

Beschlussvorlage

Gremium	Sitzung am	Beratung
Rat der Stadt Bielefeld	03.09.2020	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)**10+1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors**

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Integrationsrat, am 24.06.2020

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in wie weit das Projekt „10+1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors“ in Bielefeld, noch in diesem Jahr umgesetzt werden kann. Hierzu wird eine kommentierende Gedenktafel aufgestellt.

Begründung:

Der Integrationsrat hat in seiner Sitzung am 24.06.2020 die Beschlussempfehlung an den Rat einstimmig beschlossen (*Anlage*). Der Integrationsrat kann gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3 der Satzung der Stadt Bielefeld dem Rat auf Antrag eine Anregung vorlegen.

In jüngster Zeit wurden immer wieder Erinnerungsstätten für die Opfer der Terrorvereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıc, Mehmet Turgut, Ismail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat, Michèle Kiese Wetter geschändet bzw. zerstört.

Der Landesintegrationsrat NRW regt mit der Kampagne „10+1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors“ die Integrationsräte in NRW an, in ihren Kommunen an einem geeigneten Ort an die Opfer des Rassismus und Rechtsextremismus zu erinnern. Dabei sollen in jeder Kommune elf neue Bäume angepflanzt und eine Gedenktafel aufgestellt werden. Die Zahl elf ergibt sich aus zehn Bäumen für die zehn Opfer des NSU und einem Baum für alle weiteren Opfer rassistischer Angriffe. Ziel ist es, mit dem geplanten Erinnerungsort über die Dimension dieser Verbrechen zu informieren.

Der Integrationsrat setzt sich für die Realisierung dieses Projektes in Bielefeld ein. Der elfte Baum soll in Bielefeld dabei für die Opfer des Wehrhahn-Anschlags stehen. Durch die Einrichtung des Gedenkortes für die Opfer des NSU und des Wehrhahn-Anschlags setzt Bielefeld Ort des vielfältigen und friedlichen Zusammenlebens ein Zeichen gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Im Rahmen der Beratung hat der Integrationsrat einer Realisierung des Projekts im Park der Menschenrechte Priorität eingeräumt, für den nach § 7 Abs. 1 Buchst. c) der Hauptsatzung der Stadt Bielefeld die Bezirksvertretung Mitte entscheidungsbefugt ist. Hier wären Baum-Patenschaften beispielsweise seitens der dort ansässigen Schulen oder der benachbarten Kindertagesstätte sowie seitens Bürgerinitiativen oder Privatpersonen denkbar.

Ferner ist der Ausbau und Verankerung der Erinnerungskultur für Jugendliche und Erwachsene eine wichtige Maßnahme des „Bielefelder Handlungskonzeptes gegen Rassismus und Rechtsextremismus“, das von allen politischen Gremien einstimmig beschlossen wurde.

Oberbürgermeister

